

Die Lebensrealität des Saarlands in 16 Personas

**Die Handlungsfähigkeit saarländischer
Haushalte an die Klimaziele –
eine Analyse auf Basis
mikrogeografischer Daten**

**Studie der Public Good GmbH im Auftrag
der Arbeitskammer des Saarlandes**

Die Lebensrealität des Saarlands in 16

Personas

Die Handlungsfähigkeit saarländischer Haushalte an die Klimaziele – eine Analyse auf Basis mikrogeografischer Daten

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Fünf Dimensionen der Handlungsfähigkeit	1
Notwendigkeit zu Handeln	2
Recht zu Handeln	2
Fähigkeit zu Handeln	2
Umfang des Handelns	3
Kapital zu Handeln	3
Die Anwendung der fünf Dimensionen der Handlungsfähigkeit.....	3
16 Personas im Saarland	5
Haushalte mit sehr guter Handlungsfähigkeit	5
Generation Wärmepumpe	6
Städter mit Fernwärme und besseren Einkommen	6
Familien im Neubau mit guten Einkommen.....	7
Haushalte mit guter Handlungsfähigkeit	8
Pragmatisch Nachhaltige.....	8
Wohlhabende Eigentümer in älteren Häusern	9
Single-Mieter mit guten Einkommen.....	10
Haushalte mit mittlerer Handlungsfähigkeit	11
Stromheizer außerhalb des Blickfeldes.....	11
Städter mit Fernwärme und niedrigen Einkommen	12
Eigentumswohnungsbesitzer	13
Generation Reihenhauses	14
Mieter bei privaten Vermietern	15
Haushalte mit schlechter Handlungsfähigkeit	16
Mittelschicht in älteren Häusern	16
Familien unter finanziellem Druck.....	17
Mieter auf der Kippe	18
Haushalte mit sehr schlechter Handlungsfähigkeit.....	19
Prekäre Eigentümer in älteren Häusern.....	19

Mieter außerhalb des Blickfeldes	20
Vertiefende Beobachtungen zum Saarland	21
Politische Ableitungen für das Saarland.....	23
Fazit	25
Methode des regelbasierten Ansatzes zur Selektion der Personas.....	25
Erläuterungen zum Datensatz von infas 360.....	27
Die Daten für die Selektion der Personas.....	27
Energieträger der Heizung.....	27
Eigentumsform pro Gebäude	28
Eigentümerstruktur pro Gebäude	28
Äquivalenzeinkommen	28
Baujahresklassen.....	28
Die Daten für die Profilierung der Personas	29
Wohnlage/Gemeindetypologie.....	29
Personen pro Haushalt	29
Energieverbrauch.	29
Dominierende Altersstruktur	30
ÖPNV-Verfügbarkeit.....	30
E-Auto-Anteil	30
Impressum	30

Einleitung

Das Saarland hat sich ebenso wie ganz Deutschland verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu werden. Dieses Ziel erfordert umfassende Anstrengungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Insbesondere der Umstieg privater Haushalte in den Sektoren Wärme und Verkehr bedeutet große Herausforderungen im Saarland. Mit Blick auf die hohe Eigentümerquote, niedrige Einkommen, schlechte Gebäudeeffizienz und die Verbreitung von Ölheizungen ist der Anpassungspfad des Saarlands im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders schwer.

Um diesen Weg politisch gut zu gestalten, ist es entscheidend, die Ausgangsbedingungen der Haushalte bei der Umstellung in Richtung Klimaneutralität in den Fokus zu nehmen. Die Installation von klimaneutralen Heizungssystemen, Sanierung von Gebäuden und Mobilität erfordern hohe Investitionen im Vergleich zu verfügbaren Einkommen. Die infrastrukturellen Rahmenbedingungen schaffen unterschiedliche Ausgangslagen für einzelne Haushalte und sind nur schwer durch diese zu beeinflussen. Ein Wärmenetz kann nicht individuell errichtet und ein Stromnetz nicht allein ausgebaut werden.

Klimapolitischen Anforderungen, die Haushalte nicht aus eigener Kraft erfüllen können, führen zu Frust und im schlimmsten Fall zur Delegitimierung der Klimaziele. Eine Klimapolitik, die diesen Realitäten gerecht werden will, braucht ein differenziertes Bild der Lebensverhältnisse. Nur auf dieser Grundlage können politische Instrumente so gestaltet werden, dass sie allen Haushalten eine machbare Anpassung an die Klimaziele ermöglichen.

Die Lebensrealität der Haushalte im Saarland kann mit Blick auf zentrale politische Steuerungsfragen in 16 unterschiedliche Gruppen und entsprechende repräsentative Personas eingeteilt werden. Diese Einteilung basiert auf der Analyse eines umfangreichen Datensatzes, in dem verschiedene mikrogeografische Informationen zu Einkommen, Alter, Energieverbrauch, Heiztechnik und dem Anteil von E-Autos für sämtliche Wohngebäude in Deutschland enthalten sind.

Auf Grundlage der Segmentierung und in Verbindung mit den zugrundeliegenden Daten wurden Haushaltsprofile erstellt und mit einem exemplarischen Gesicht versehen. Jedem Profil kann eine Einschätzung ihrer Handlungsfähigkeit an klimapolitische Anforderungen in fünf Stufen (sehr gut bis sehr schlecht) zugewiesen werden. Diese auf Deutschland bezogene Analyse wurde für das Saarland angepasst und anhand der dort vorhandenen Merkmale angewandt. Dadurch unterscheidet sich die Größe der einzelnen Gruppen und ihre Profilierung teilweise deutlich vom Rest Deutschlands.

Auf Grundlage der Analyse können also spezifische Chancen und Probleme im Saarland herausgearbeitet werden. Zudem ist es möglich, Politikmaßnahmen abzuleiten, die aufgrund der spezifischen Lebenslagen im Saarland für die Erreichung der Klimaziele von besonderer Bedeutung sind.

Fünf Dimensionen der Handlungsfähigkeit

Der Begriff der Handlungsfähigkeit eines Haushalts ist für die Persona-Analyse zentral. Auf der Grundlage erfolgt die Einschätzung, wie anpassungsfähig ein Haushalt in Bezug auf die Klimaziele ist. Die Handlungsfähigkeit ergibt sich aus der Kombination von Fünf Dimensionen:

Die Notwendigkeit zu handeln, Das Recht zu handeln, Die Fähigkeit zu handeln, Der Umfang des erforderlichen Handelns und das verfügbare Kapital, um zu handeln.

Notwendigkeit zu Handeln

Diese Dimension fragt: Besteht überhaupt ein akuter Handlungsbedarf des Haushalts, um klimaneutral zu werden? Der wichtigste Indikator ist hier der Energieträger. Haushalte, die mit Wärmepumpen, Fernwärme oder Biomasse heizen, sind am Standort des Gebäudes bereits klimaneutral. Für die Dekarbonisierung der vorgelagerten Energieversorgung sind sie nicht verantwortlich. Dadurch entfällt für die Haushalte der unmittelbare Anpassungsdruck, da die klimafreundliche Transformation auf Ebene der Energieversorger stattfindet.

Im Bereich Mobilität entscheidet das Vorhandensein eines leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrs darüber, ob ein Haushalt aktiv werden muss. In Großstädten mit dichtem Bus- und Bahnnetz können viele Haushalte auf eigene Autos verzichten. Anders stellt sich die Lage im ländlichen Raum dar. Dort ist mangels Infrastruktur individuelle Mobilität erforderlich. Dadurch besteht ein akuter Transformationsbedarf beim Wechsel zum E-Auto. Hier kommt es darauf an, ob der Umstieg bereits stattgefunden hat oder noch ansteht. Die Notwendigkeit zu handeln, ergibt sich somit aus der Schnittstelle individueller Versorgungssituation und übergeordneter Infrastrukturverantwortung.

Recht zu Handeln

Diese Dimension bezieht sich darauf, ob Haushalte über die rechtliche Befugnis verfügen, eigenständig Maßnahmen zur Emissionsminderung umzusetzen. Eigentümerinnen und Eigentümer selbstgenutzter Ein- oder Zweifamilienhäuser haben hier klare Vorteile. Sie können allein über Heizungswechsel, Dämmmaßnahmen oder Photovoltaik-Anlagen entscheiden.

Mieterinnen und Mieter sind dagegen auf das Handeln von Vermieterinnen und Vermietern angewiesen. Dieses klassische Mieter-Vermieter-Dilemma stellt ein zentrales Hindernis für die energetische Sanierung im Gebäudebereich dar. Auch Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnungen innerhalb einer Wohnungseigentümergeinschaft sind in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt, da Maßnahmen in gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen abgestimmt werden müssen.

Die Analyse unterscheidet daher zwischen verschiedenen Eigentums- und Wohnformen und deren Handlungsspielräumen. Reihenhäuser etwa bieten in der Regel etwas mehr Autonomie als Geschosswohnungen, sind jedoch ebenfalls mit Nachbarschaftsabstimmungen konfrontiert. Das gilt zum Beispiel bei gemeinsamer Fassadennutzung oder Zufahrten.

Fähigkeit zu Handeln

Die Fähigkeit zu handeln beschreibt, ob der verantwortliche Akteur über das organisatorische, technische und soziale Kapital verfügt, um Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Dazu zählen nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch Planungswissen, Zugang zu Fachkräften, Zeitressourcen und ein Verständnis für Fördersysteme.

Jüngere, gut ausgebildete Eigentümerinnen und Eigentümer haben häufiger die notwendigen Kompetenzen, um Sanierungsmaßnahmen umzusetzen. Sie verstehen Strukturen, recherchieren Förderbedingungen und sind eher bereit, komplexe Prozesse wie Antragsstellungen und Handwerkerkoordination zu übernehmen.

Kleine private Vermieterinnen und Vermieter verfügen im Gegensatz zu institutionellen Wohnungsunternehmen nicht über große Planungskapazitäten. Sie besitzen ihre Immobilien häufig als Altersvorsorge und scheuen die Risiken umfangreicher Sanierungen. Großvermieterinnen und Großvermieter – etwa Wohnungsunternehmen – haben dagegen professionelle Verwaltungseinheiten, Portfolio-Strategien und Zugang zum Kapitalmarkt.

Umfang des Handelns

Diese Dimension beschreibt, wie groß die Veränderung ist, die ein Haushalt bewältigen muss. Wie hoch der notwendige Investitionsbedarf für die Anpassung ist, hängt von vielen Faktoren ab, lässt sich aber unter anderem am Gebäudealter ableiten. Das korreliert stark mit dem Energieverbrauch des Gebäudes. Je älter, desto höher. Somit kann man davon ausgehen, dass ältere Gebäude auch höhere laufende Kosten verursachen, die Haushalte finanziell stärker belasten. Im Mehrfamilienhaus und im Reihenhaushaus sind die Kosten geringer, da die Gebäude aufgrund ihrer Struktur energieeffizienter sind. Zudem werden die Investitionskosten auf mehr Wohneinheiten aufgeteilt.

Kapital zu Handeln

Die finanzielle Ausstattung eines Haushalts ist entscheidend für seine Handlungsfähigkeit. Entweder müssen aus dem Einkommen notwendige Investitionen refinanziert oder steigende Warmmieten bezahlt werden. Bezugsgröße ist das Nettoäquivalenzeinkommen, das die Haushaltseinkommen unter Berücksichtigung von Haushaltsgröße und -zusammensetzung vergleichbar macht.

Haushalte mit einem Nettoäquivalenzeinkommen unter 1.500 Euro gelten als nicht investitionsfähig. Sie haben bereits heute Anspruch auf Transferleistungen. Haushalte mit Einkommen zwischen 1.500 und 2.000 Euro wird eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit beigemessen. Erst ab etwa 3.000 Euro besteht größerer finanzieller Spielraum für Investitionen in energetische Sanierungen oder E-Mobilität.

Die Anwendung der fünf Dimensionen der Handlungsfähigkeit

Diese fünf Dimensionen der Handlungsfähigkeit werden für alle 16 Personas einzeln bewertet. Dabei können einzelne Dimensionen durchaus eine hohe Handlungsfähigkeit nahelegen. Sie werden aber durch andere Dimensionen relativiert. Erst in der gemeinsamen Betrachtung ergibt sich deshalb die Gesamteinschätzung der Handlungsfähigkeit. Am Beispiel der Generation Wärmepumpe und der Prekären Eigentümern in älteren Häusern wird das Verfahren erläutert:

Die Generation Wärmepumpe heizt bereits mit Strom. Die Notwendigkeit zu handeln ist also klein. Die Haushalte in der Gruppe sind überwiegend Eigentümer und können selbst entscheiden. Auch das Recht zu handeln ist also vorhanden. Die Haushalte in der Gruppe sind eher jünger und verfügen über die notwendigen organisatorischen Fähigkeiten zu handeln. Somit ist auch die Fähigkeit zu Handeln gegeben. Das Gebäudealter ist gering und der Investitionsbedarf niedrig. Somit ist der Umfang des Handelns gering. Das Netto-Äquivalenzeinkommen ist überdurchschnittlich. Also ist auch das Kapital zu handeln gegeben. All das zusammen führt zu einer sehr guten Handlungsfähigkeit.

Die Haushalte der prekären Aufbaugeneration heizen mit Öl oder Gas. Die Notwendigkeit zu handeln ist damit gegeben. Sie besitzen als selbstnutzende Eigentümer auch das Recht zu handeln. Das ist also unproblematisch. Die Haushalte sind allerdings überwiegend alt. Sie verfügen im Durchschnitt nicht über die organisatorischen Fähigkeiten zu handeln. Die Gebäude

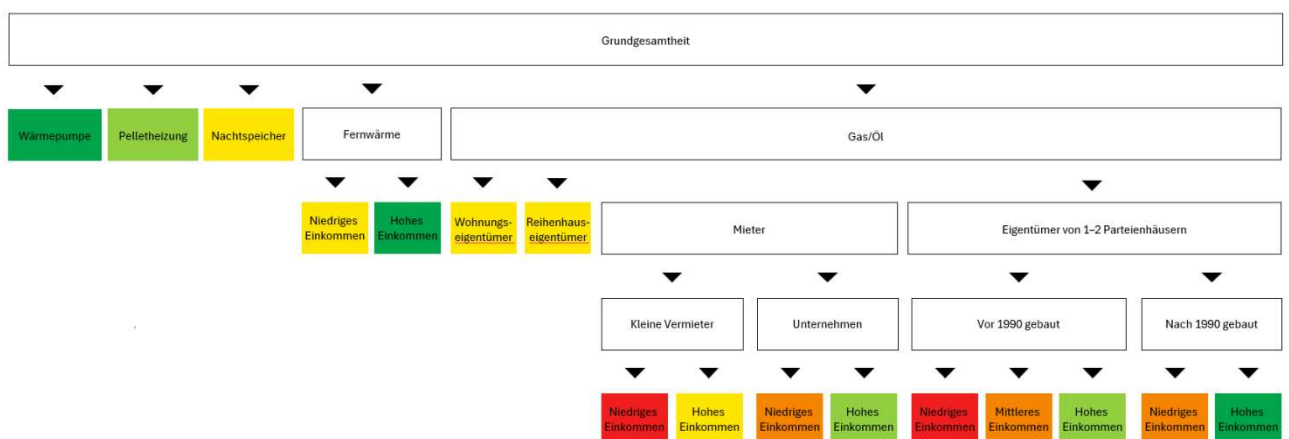
sind zudem alt und der Umfang zu handeln ist deshalb groß. Das Netto-Äquivalenzeinkommen der Haushalte ist niedrig. Das Kapital zu handeln ist also nicht vorhanden. Zusammengenommen führt das zu einer sehr schlechten Handlungsfähigkeit.

Hier sind die Erwägungen für alle 16 Personas abgebildet:

	Notwendigkeit	Recht	Fähigkeit	Umfang	Kapital
Generation Wärmepumpe					
Großstädter mit Fernwärme					
Eigentümer ohne Förderbedarf in neueren Häusern					
Pragmatisch Nachhaltige					
Leicht förderbare Hausbesitzer in älteren Häusern					
Gutverdiener bei Wohnungsunternehmen					
Geringverdienende Großstädter mit Fernwärme					
Stromheizer außerhalb des Blickfeldes					
Eigentumswohnungsbesitzer					
Generation Reihenhäuser					
Gutverdiener bei privaten Vermietern					
Mittelschicht in älteren Häusern					
Geringverdienende Eigentümer in neueren Häusern					
Mieter auf der Kippe					
Mieter außerhalb des Blickfeldes					
Prekäre Eigentümer in älteren Häusern					
	Übersicht über Farbcodes				
	sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht

Durch die Kombination der fünf Dimensionen des Handelns entstehen 16 Gruppen von Haushalten mit unterschiedlicher Handlungsfähigkeit. Fünf Farben signalisieren die unterschiedliche Handlungsfähigkeit der Gruppe:

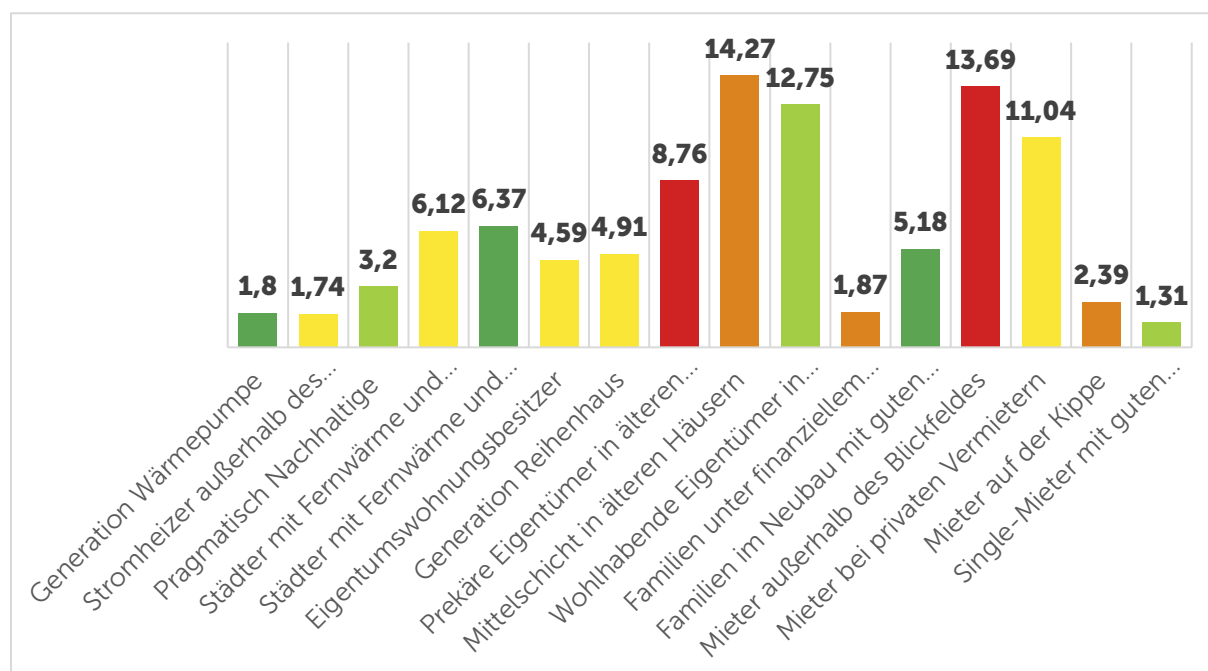
- (1) sehr gute Handlungsfähigkeit: dunkelgrün
- (2) gute Handlungsfähigkeit: hellgrün
- (3) mittlere Handlungsfähigkeit: gelb
- (4) schlechte Handlungsfähigkeit: orange
- (5) sehr schlechte Handlungsfähigkeit: rot



16 Personas im Saarland

Auf Basis der Analyse wurde rund 30 Prozent der Haushalte im Saarland eine gute oder sehr gute Handlungsfähigkeit zugeordnet. Diese Haushalte sind bereits klimaneutral oder können die Anpassung aus eigener Kraft schaffen. Bei rund 28 Prozent kommt es auf lokale Bedingungen und externe Faktoren wie der Koordinationsfähigkeit mit anderen Haushalten an. Etwa 42 Prozent der Haushalte können innerhalb des aktuellen Politikmixes nicht aus eigener Kraft klimaneutral werden. Dieser Anteil ist im Saarland überdurchschnittlich hoch.

Beim Blick auf die Gesamtverteilung zeigt sich, dass Eigentümerinnen und Eigentümer im Saarland dominieren. Die Mittelschicht und älteren Häusern stellt die größte Gruppe. Daneben sind die Eigentümer mit älteren Häusern und hohen bzw. niedrigen Einkommen große Gruppe sowie die Mieterinnen und Mieter bei privaten Eigentümern.



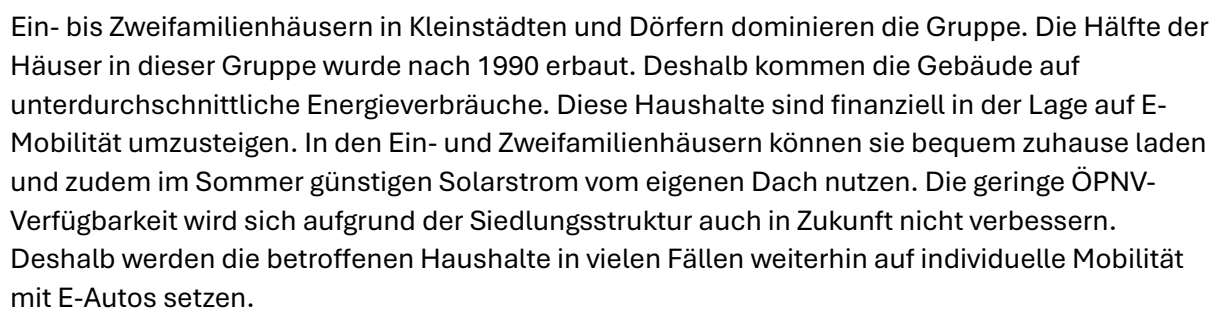
Haushalte mit sehr guter Handlungsfähigkeit

Rund 13 Prozent aller Haushalte im Saarland werden Gruppen mit sehr guter Handlungsfähigkeit zugeordnet: Dazu gehören die Generation Wärmepumpe, Städter mit Fernwärme und besseren Einkommen sowie Familien im Neubau mit guten Einkommen.

Diese Haushalte verbindet, dass sie alle ein überdurchschnittliches Einkommen haben. Sie wohnen überwiegend in neueren Gebäuden und haben entweder bereits in klimafreundliche Technologien (Wärmepumpen und E-Autos) investiert oder besitzen die finanziellen Voraussetzungen dafür. Hinzu kommen Haushalte mit Anschluss an ein Wärmenetz. Diese profitieren von einer klimafreundlichen Infrastruktur.

Durch die Kombination aus günstigen Rahmenbedingungen und finanziellem Spielraum sind diese Haushalte nicht auf spezielle Förderprogramme angewiesen. Von steigenden CO₂-Preisen sind sie wenig betroffen.

Die Haushalte in dieser Gruppe oder ihre Vermieter haben bereits in die Klimaneutralität investiert. Die Gebäude werden mit einer Wärmepumpe geheizt. Sobald der Strom im Saarland aus erneuerbaren Energien stammt, sind sie vollständig klimaneutral. Ihre Investitionen waren durch Förderung und die überdurchschnittlich guten Einkommen möglich.



Städter mit Fernwärme und besseren Einkommen

**public
good**



Die Fernwärme wird in den kommenden Jahren schrittweise durch die Energieversorger dekarbonisiert. In den Gebäuden gibt es deshalb keinen unmittelbaren Handlungsbedarf. Absehbar wird die Dekarbonisierung der Fernwärme zu steigenden Kosten führen. Je nach örtlichen Wärmepotentialen (Oberflächenwasser, tiefe Geothermie) werden sich lokal unterschiedliche Kostenprofile ergeben. Die jeweiligen Preissteigerungen können die betroffenen Haushalte aufgrund ihrer höheren Einkommen kompensieren.

Anders als im Bundesvergleich hat diese Gruppe im Saarland keinen Zugang zu einem sehr guten ÖPNV. Deshalb wird sie auch perspektivisch nicht auf ein eigenes Auto verzichten können. Aufgrund der guten finanziellen Situation kann sie sich den Umstieg leisten. Wichtig ist, dass für den großen Anteil der Mieterinnen und Mieter in dieser Gruppe ausreichend Ladeinfrastruktur geschaffen wird. Insgesamt profitieren die Haushalte in der Gruppe vom Anschluss an ein Wärmenetz und hohen Einkommen. Das führt zu einer sehr guten Handlungsfähigkeit.

Familien im Neubau mit guten Einkommen

Diese Haushalte besitzen ein Eigenheim, das nach 1990 gebaut wurde und verfügen über ein gutes Einkommen. Sie heizen allerdings noch mit Öl und Gas. Insgesamt handelt es sich um rund fünf Prozent der Haushalte im Saarland. Durch das geringe Gebäudealter und die damit zusammenhängende gute Dämmung hat diese Gruppe einen geringeren Energieverbrauch. Bewohnt werden die Gebäude hauptsächlich von Ehepaaren oder kleineren Familien.

SAARLAND

HUBERT WALCH

ANTEIL DER HAUSHALTE

3,20%

16.412

BUNDESWEIT 4,49%

PERSONEN PRO HAUSHALT

Ø 2,09

29%

43%

21%

6%

1%

Pragmatisch Nachhaltige

Diese Gruppe heizt mit Holz. Die Wärmeversorgung ist dadurch klimaneutral. Pellets könnten allerdings in Zukunft teuer werden. In den Dörfern und Kleinstädten braucht es für die Menschen mit kleinem Einkommen günstige E-Autos.

WOHNLAGE

6%	Größtstädte
21%	Mittelstädte
73%	Kleinstädte
0%	Dörfer

GEBAUDEFORM

77%	1-2 Parteienhaus
6%	Reihenhaus
17%	Mehrfamilienhaus
0%	Hochhaus

BAUJAHR WOHNGEBAUDE

63%	bis 1969
15%	1970-1989
22%	ab 1990

ENERGIEFORM

Pellet

100%

ENERGIEVERBRAUCH

8%	bis 75 kWh/m²
11%	75-130 kWh/m²
81%	über 130 kWh/m²

WOHNEN

zur Miete bei Wohnungsunternehmen

3%

zur Miete bei privat

20%

im Eigentum

77%

NETTO-ÄQUIVALENZEINKOMMEN

bis 1.500 €	30%
über 1.500 bis 2.000 €	16%
über 2.000 bis 3.000 €	25%
über 3.000 bis 4.000 €	14%
über 4.000 €	15%

ALTER

18-39 Jahre	14%
40-59 Jahre	32%
ab 60 Jahre	54%

ÖPNV-VERFÜGBARKEIT

● ○ ○ ○ ○ ○

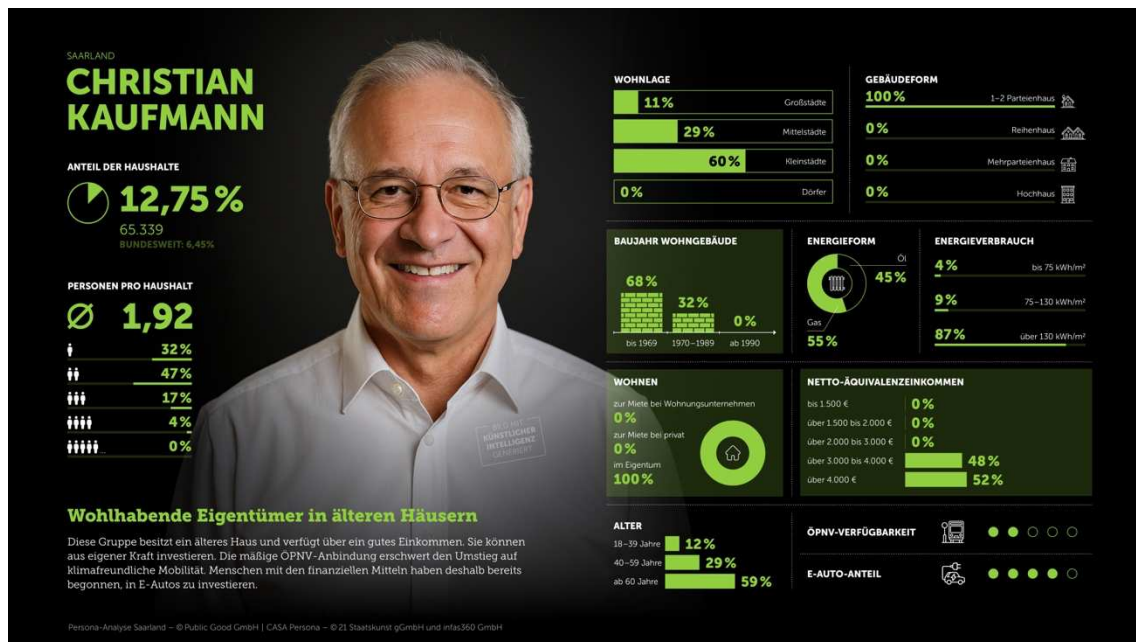
E-AUTO-ANTEIL

● ● ● ○ ○

Personen-Analyse Saarland – © Public Good GmbH | CASA Personen – © ZI Staatskunst gGmbH und infas360 GmbH

Gebäudealter, Einkommensklassen sowie das Alter der Bewohner entsprechen dem deutschen Durchschnitt. Die pragmatisch Nachhaltigen wohnen häufiger in Einfamilienhäusern. Dadurch können sie E-Autos mit eigener Wallbox laden. Die Einkommen ermöglichen für die meisten Haushalte den Umstieg auf ein E-Auto. Schwieriger ist die klimaneutrale Mobilität für die 30 Prozent in Mehrfamilienhäusern bei privaten Vermietern. Dennoch hat die Gruppe im Vergleich zur Gesamtbevölkerung eine gute Handlungsfähigkeit.

Diese Gruppe stellt knapp 13 Prozent der Haushalte im Saarland. Sie besitzen vor 1990 gebaute Ein- bis Zweifamilienhäusern und ein überdurchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen. Im bundesweiten Vergleich ist diese Gruppe im Saarland besonders groß. Viele der Gebäude wurden vor den Ölkrisen der 70er Jahre mit niedrigen Energiestandards gebaut. Dadurch haben diese Gebäude einen hohen Energieverbrauch. Öl spielt als Energieträger neben Gas eine wichtige Rolle. Viele der Häuser sind sogenannte “Worst Performing Buildings”. In den nächsten Jahren werden die betroffenen Haushalte deshalb in ihr Gebäude investieren müssen. Gute Einkommen ermöglichen das.

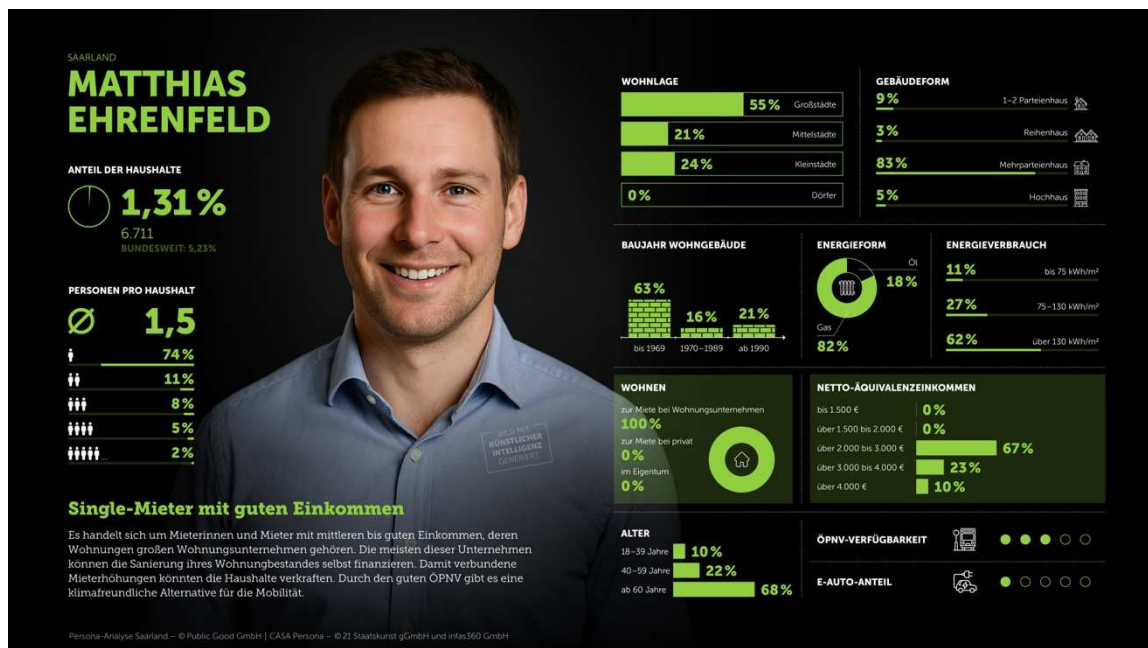


Da die Haushalte im klein- oder mittelstädtischen Bereich wohnen, ist die Anbindung an den ÖPNV mäßig bis schlecht. Als Eigentümer von Einfamilienhäusern bietet eine Wallbox gute Voraussetzungen für ein E-Auto. Das zeigen die bereits hohen Zahlen zum Anteil der E-Autos.

Die notwendigen Investitionen für klimaneutrale Gebäude und Mobilität sind für diese Haushalte erheblich. Trotzdem ist die Handlungsfähigkeit der Haushalte aufgrund der hohen Einkommen gut.

Single-Mieter mit guten Einkommen

Rund ein Prozent der Haushalte fallen in diese Gruppe. Sie wohnen als Mieterinnen und Mieter bei großen Wohnungsunternehmen und verfügen über Einkommen von über 2.000 Euro. Im Vergleich zu ganz Deutschland ist die Gruppe im Saarland stark unterrepräsentiert.



Die Menschen in dieser Gruppe leben überwiegend allein. Jüngere Personen bis 29 Jahre sind leicht überrepräsentiert. Typischerweise wohnen sie in größeren Städten. Geheizt wird überwiegend mit einer zentralen Gasheizung oder Gasetagenheizungen. Es gibt in dieser Gruppe sowohl neuere als auch ältere Gebäude.

Für die Sanierung der Gebäude sind die Wohnungsunternehmen als Eigentümer verantwortlich. Als professionelle Akteure sanieren sie regelmäßig und mit Plan. Sie verfügen über einen guten Zugang zum Kapitalmarkt und können Investitionen effizient umsetzen. Die damit verbundenen Mieterhöhungen können die Haushalte aufgrund der überdurchschnittlichen Einkommen verkraften.

Anders als bundesweit verfügt diese Gruppe im Saarland über keinen sehr guten ÖPNV im Lebensumfeld. Die meisten Bewohner werden deshalb auch in Zukunft zumindest teilweise auf ein E-Auto angewiesen sein. Das bedeutet, dass sie entsprechende Ladeinfrastruktur benötigen, die von den Wohnungsunternehmen gebaut werden muss. Für die Haushalte dieser Gruppe ist die Transformation hin zur Klimaneutralität, ohne größere individuelle Anstrengung zu schaffen. Das führt insgesamt zu einer guten Handlungsfähigkeit.

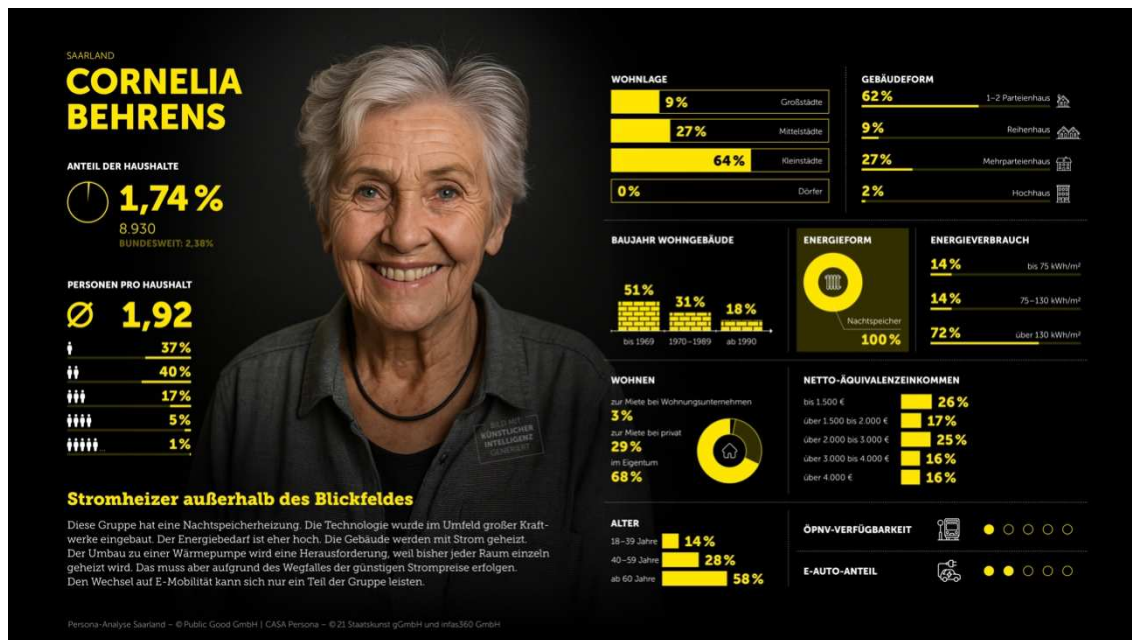
Haushalte mit mittlerer Handlungsfähigkeit

Zu den Haushalten mit mittlerer Handlungsfähigkeit zählen fünf unterschiedliche Haushaltstypen: Stromheizer außerhalb des Blickfeldes, Städter mit Fernwärme und niedrigen Einkommen, Eigentumswohnungsbesitzer, die Generation Reihenhauser sowie Mieterinnen und Mieter bei privaten Vermietern.

Insgesamt zeigen diese Haushalte ein durchwachsenes Bild in Bezug auf ihre Handlungsfähigkeit. Zwar haben sie größtenteils mittlere bis hohe Einkommen. In dieser Gruppe gibt es aber erhebliche andere Herausforderungen. In vielen Fällen fehlt das Recht (eigenständig) zu Handeln. Hinzu kommen Haushalte, die perspektivisch unter finanziellen Druck kommen könnten. Außerdem gibt es in einigen Konstellationen besondere technische Herausforderungen für die Dekarbonisierung. Die Handlungsfähigkeit vieler Haushalte in dieser Gruppe hängt maßgeblich von politischer Rahmensetzung und gezielter Unterstützung ab.

Stromheizer außerhalb des Blickfeldes

Nachtspeicherheizungen wurden oft im Umfeld großer Kraftwerke verbaut. Wenig steuerbare Atom- oder Kohlekraftwerke haben durchgängig Strom produziert, der nachts auf weniger Nachfrage getroffen ist. Um diese Überproduktion zu nutzen und doppelte Infrastrukturen für Gas und Strom zu vermeiden, wurden Nachspeicherheizungen als Versorgungsform gefördert.



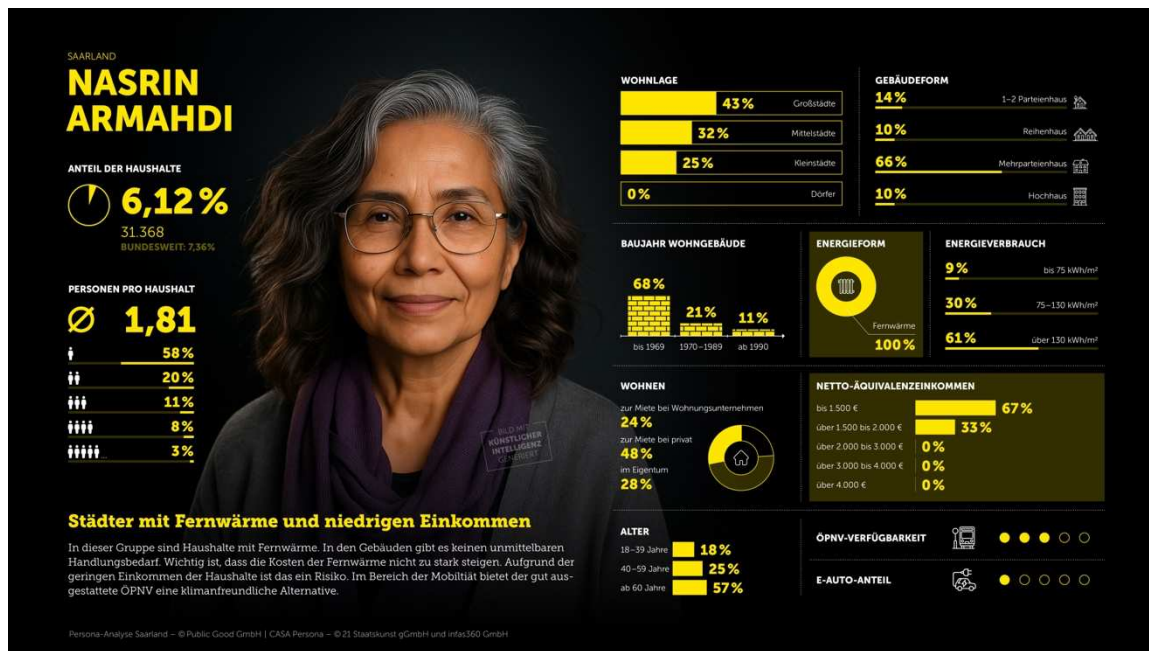
Auch wenn diese Heizform häufig vergessen wird, nutzen sie heute im Saarland immer noch knapp zwei Prozent aller Haushalte. Sie würden zwar klimaneutral heizen, wenn der Strommix dekarbonisiert ist. Aber ohne günstigen Nachtstrom und darauf aufbauenden speziellen Tarifen wird die Stromheizung sehr teuer. Anders als Wärmepumpen heizt sie direkt mit Strom und hebt keine Umgebungswärme. Der Umbau der Heizung ist aufwendig, weil die einzelnen Nachtspeicheröfen nicht mit Warmwasserleitungen verbunden sind. Jeder Raum wird einzeln geheizt.

Rund 40 Prozent der Stromheizer-Haushalte haben ein unterdurchschnittliches Einkommen unter 2.000 Euro. Ein Umbau hin zu einer Stromversorgung über eine Wärmepumpe ist für diese Haushalte also finanziell herausfordernd. Eine Besonderheit ist, dass das Stromnetz in diesen Wohngebieten nicht ausgebaut werden muss, um alle Gebäude mit Wärmepumpen zu versorgen.

Den Umstieg auf E-Mobilität kann sich nur ein Teil der Gruppe leisten. Der ÖPNV ist im Lebensumfeld dieser Gruppe eher schlecht ausgebaut. Gerade in Kleinstädten und im ländlichen Raum ist er auf absehbare Zeit keine Alternative. Das Kostenrisiko sind in dieser Gruppe nicht die CO₂-Bepreisung, sondern steigende Strompreise. Insgesamt führen diese vielen Unsicherheiten zu einer mittleren Handlungsfähigkeit.

Städter mit Fernwärme und niedrigen Einkommen

Die Haushalte in dieser Gruppe nutzen Fernwärme und verfügen über geringe Einkommen. Insgesamt handelt es sich um sechs Prozent aller Haushalte im Saarland. Im Vergleich zu der Gruppe Städter mit Fernwärme und besseren Einkommen gibt es hier etwas weniger Haushalte, die in Neubauten leben. Die Gebäude sind vor den 70er Jahren entstanden. Der Energieverbrauch liegt im unteren Mittelfeld. Besonders häufig findet man diese Haushalte in größeren Städten.

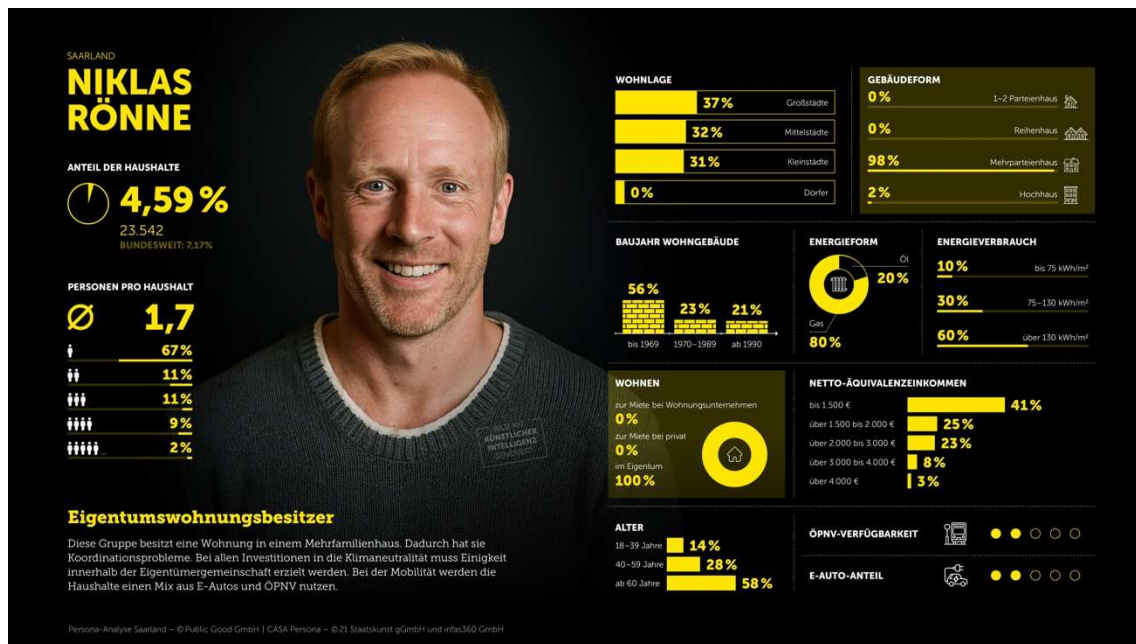


Die vorhandene Fernwärme wird in den kommenden Jahren schrittweise durch die Energieversorger dekarbonisiert. In den Gebäuden gibt es deshalb keinen unmittelbaren Handlungsbedarf für die Bewohnerinnen und Bewohner. Absehbar wird eine Dekarbonisierung der Fernwärme zu steigenden Kosten führen. Je nach örtlichen Wärmepotentialen (Oberflächenwasser, tiefe Geothermie) werden sich lokal unterschiedliche Kostenprofile ergeben. Im Bereich der Mobilität bietet der ÖPNV für einige Haushalte eine klimafreundliche Alternative zu individueller Mobilität. Viele werden im Saarland aber weiter das Auto nutzen müssen. Dafür muss die öffentliche Ladeinfrastruktur für die betroffenen Mieterinnen und Mieter ausgebaut werden.

Preissteigerungen könnten für die Haushalte in dieser Gruppe aufgrund ihrer geringeren Einkommen zu einem Problem werden. Deshalb unterscheiden sie sich von Fernwärme-Haushalten mit höheren Einkommen. Insgesamt ergibt sich dadurch eine mittlere Handlungsfähigkeit.

Eigentumswohnungsbesitzer

Diese Gruppe besitzt eine selbst genutzte Wohnung in einem Mehrparteienhaus mit unterschiedlichen Eigentümern. Die Gebäude werden noch mit Gas oder Öl beheizt. Viereinhalb Prozent der Haushalte im Saarland fallen in diese Gruppe. Im Bundesvergleich sind sie damit unterrepräsentiert.



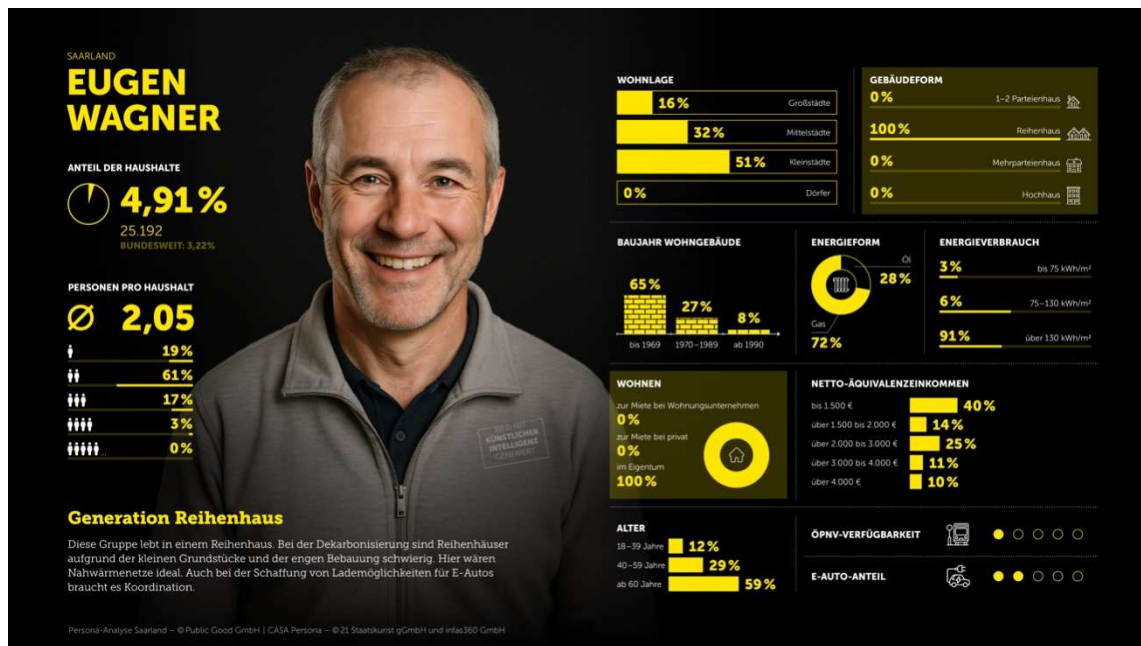
Mehrparteienhäuser befinden sich häufiger in Städten. Die geteilten Gebäude sind in allen Baualtersklassen vertreten. In Eigentumswohnungen leben vor allem Single-Haushalte. Die Einkommen bilden ebenfalls das gesamte Spektrum ab. Ein Schwerpunkt liegt im Saarland jedoch auf niedrigeren Einkommen. Der Energieverbrauch ist gemessen an der Gebäudeform Mehrfamilienhaus ungewöhnlich hoch.

Wohneigentümergeinschaften haben ein besonderes Koordinationsproblem: Die Investitionen in Heizung oder Gebäudehülle müssen mehrheitlich von der Eigentümerschaft beschlossen werden. Dabei gibt es unterschiedliche Einstellungen, finanzielle Möglichkeiten und Lebensalter. Untere Geschosse profitieren von einer Kellerdeckendämmung, obere Geschosse typischerweise von einer Dachdämmung. Kapitalanleger, die weitervermieten, haben weniger Interesse an einem geringen Energieverbrauch als Selbstnutzer. Diese Interessen müssen in einer Eigentümerversammlung zusammengebracht werden. Das ist eine Herausforderung.

Auch beim Umstieg auf E-Mobilität stellt diese Wohnform eine besondere Herausforderung dar. Zwar gibt es einen grundsätzlichen Anspruch auf eine Ladestation in einer Wohnungseigentümergeinschaft. Bei der Ausgestaltung gelten allerdings die üblichen Mehrheitsregeln. Die Vielfalt möglicher Konflikte und Koordinationsprobleme führt insgesamt zu einer mittleren Handlungsfähigkeit.

Generation Reihenhäuser

Rund fünf Prozent aller Haushalte im Saarland sind Eigentümerinnen oder Eigentümer von Reihenhäusern. Diese Gruppe ist im Bundesvergleich überrepräsentiert, Ihre Häuser wurden insbesondere zwischen Nachkriegszeit und 1990 gebaut. Trotz Platzmangel oder beschränkter finanzieller Möglichkeiten konnten sich Menschen auf diese Weise der Traum vom Eigenheim erfüllen.



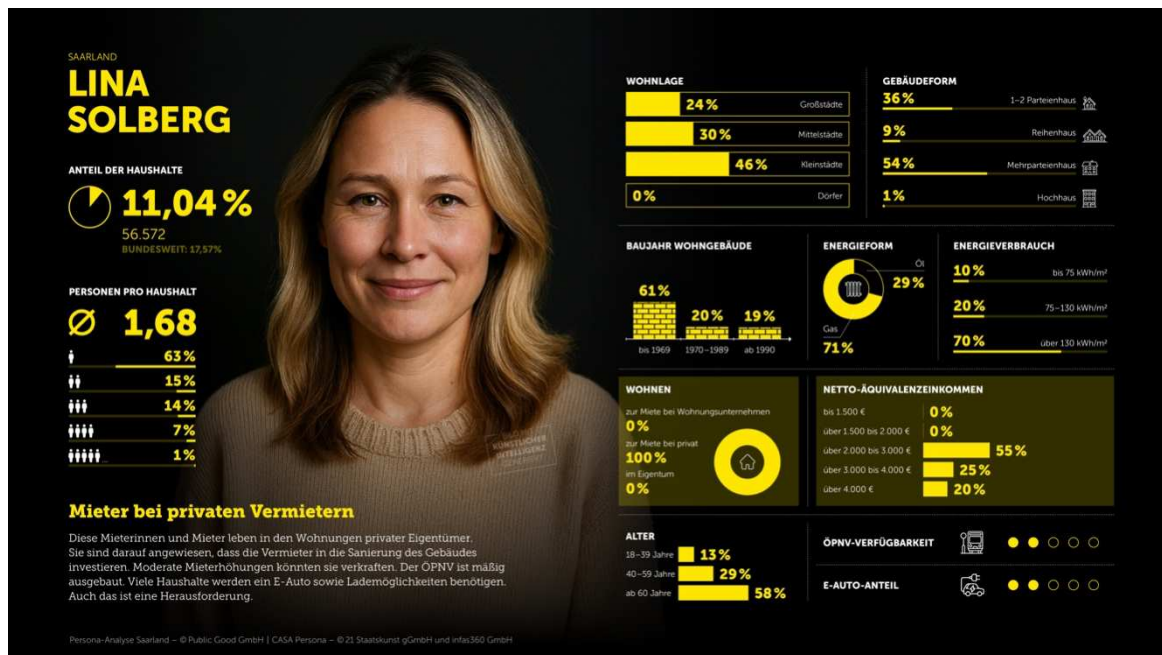
Typischerweise wohnen in Reihenhäusern ältere Ehepaare jenseits der 60 Jahre und kleinere Familien. Das Nettoäquivalenzeinkommen erstreckt sich über die gesamte Einkommensspanne. Auffällig ist jedoch, dass sehr niedrige Einkommen unter 1.000 Euro mit rund 40 Prozent klar überrepräsentiert sind. Diese Gruppe heizt noch mit Gas und Öl und hat aufgrund des hohen Gebäudealters einen klar überdurchschnittlichen Energieverbrauch.

Für die Dekarbonisierung von Reihenhäusern sind die kleinen Grundstücke mit enger Bebauung eine Herausforderung. So können Abstandsgebote und Lärmemissionen bei der Installation von Wärmepumpen zum Problem werden. Für Fernwärme wird in der Regel pro Fläche zu wenig Wärme abgenommen. Auf der anderen Seite bietet dies auch Chancen, da durch die enge Reihung von Häusern ein Nahwärmenetz möglich wird. Das erfordert aber eine Koordination zwischen den Eigentümerinnen und Eigentümern.

Der ÖPNV ist schlecht ausgebaut. Die Haushalte in dieser Gruppe sind auf individuelle Mobilität mit Auto angewiesen. In der Regel gibt es aber keinen Stellplatz direkt am Haus, sondern gemeinschaftliche Parkmöglichkeiten. Somit ist auch bei der Schaffung von Ladeinfrastruktur Koordination und gemeinschaftliches Handeln notwendig. Aus diesen Faktoren ergibt sich insgesamt eine mittlere Handlungsfähigkeit. Die Herausforderung liegt vor allem in der Koordination.

Mieter bei privaten Vermietern

Diese Gruppe ist mit 11 Prozent groß, aber im Bundesvergleich unterrepräsentiert. Es handelt sich um Mieterinnen und Mieter, die bei privaten Vermietern leben und über gute Einkommen verfügen. Mehrheitlich sind es Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, aber auch Ein- bis Zweiparteien-Häuser.



Trotz ihres überdurchschnittlichen Einkommens von über 2.000 Euro pro Monat sind die Mieterinnen und Mieter selbst nicht handlungsfähig. Sie sind darauf angewiesen, dass die Vermieter in die Sanierung des Gebäudes investieren. Moderate Mieterhöhungen könnten sie aufgrund ihrer Einkommen verkraften. Welche Entscheidungen beim Umstieg auf ein neues Heizsystem oder bei Maßnahmen an der Gebäudehülle getroffen werden, können sie allerdings nicht beeinflussen. Das zeigt, dass hier die Handlungsfähigkeit der Vermieter entscheidend ist.

Besonders häufig wohnt diese Gruppe in Klein- bis Mittelstädten. Die bewohnten Gebäude werden überdurchschnittlich häufig mit Öl beheizt (29%). Genauso unterschiedlich wie das Gebäudealter ist auch der Energieverbrauch. Der ÖPNV ist in den betreffenden Regionen nur mäßig ausgebaut. Der Umstieg auf ein E-Auto ist schwierig, weil die privaten Vermieter die Lademöglichkeiten bauen müssen. Das ergibt insgesamt trotz guter Einkommen eine nur mittlere Handlungsfähigkeit.

Haushalte mit schlechter Handlungsfähigkeit

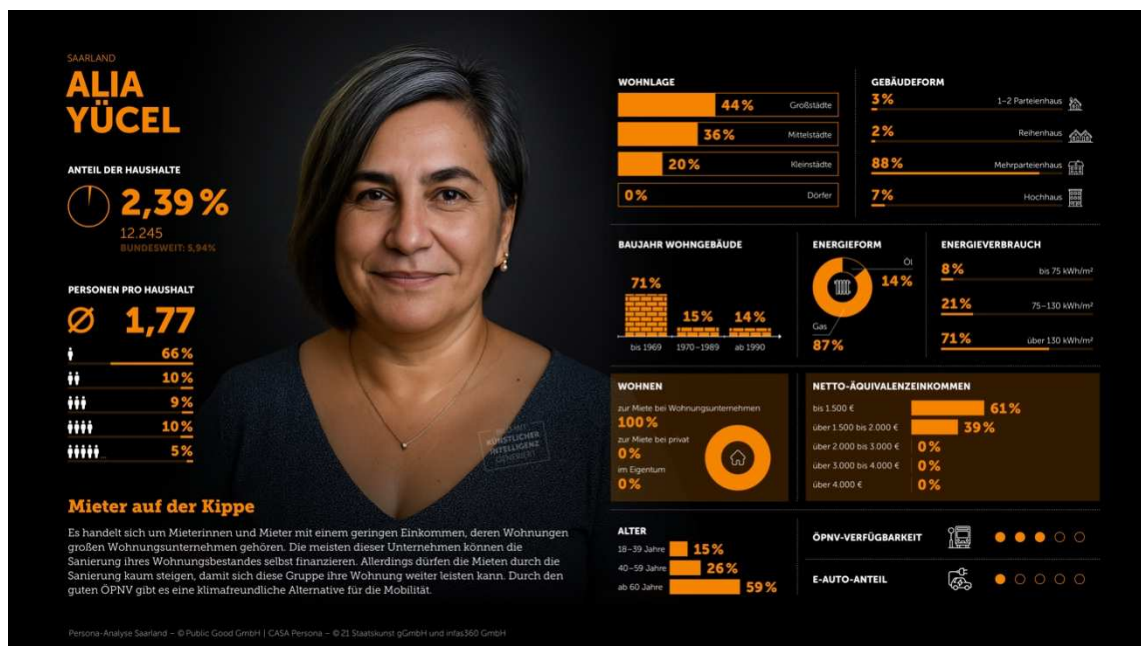
Zu den Haushalten mit schlechter Handlungsfähigkeit gehören drei Haushaltstypen: Mieter auf der Kippe, Mittelschicht in älteren Häusern sowie Familien unter finanziellem Druck.

Haushalte dieser Gruppen sind sowohl durch begrenzte finanzielle Mittel als auch durch strukturelle Rahmenbedingungen in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Beide Eigentümergruppen haben geringe Einkommen. Sie unterscheiden sich anhand des Gebäudealters. Die Mietergruppe lebt häufig in angespannten Wohnungsmärkten, hat geringe Einkommen und kann deshalb durch steigende Mieten überfordert werden.

Alle drei Haushaltstypen sind nicht ohne Weiteres handlungsfähig. Ohne gezielte Unterstützung droht hier eine soziale Überforderung.

Mittelschicht in älteren Häusern

Diese Gruppe besteht aus Haushalten mit einem mittleren Einkommen, die ein vor 1990 erbautes Einfamilienhaus bewohnen, das eine Öl- oder Gasheizung hat. Insgesamt trifft das auf rund 14 Prozente der Haushalte im Saarland zu. Die Gruppe ist um bundesweiten Vergleich stark überrepräsentiert. Es dominieren ältere Ehepaare, deren Kinder bereits ausgezogen sind.



In Mehrparteienhäusern und Hochhäusern sind die Kosten für Sanierung und Heizungstausch pro Wohnung geringer als im Einfamilienhaus. Aufgrund der geringen Einkommen in dieser Gruppe können aber schon kleine Mieterhöhungen zum Problem werden.

Angesichts des mäßigen ÖPNV wird das E-Auto für viele Haushalte eine wichtige Rolle spielen. Dafür müssen Lademöglichkeiten neben den großen Mehrfamilienhäusern, Zeilenbauten und Hochhäusern in den dicht besiedelten Gebieten geschaffen werden.

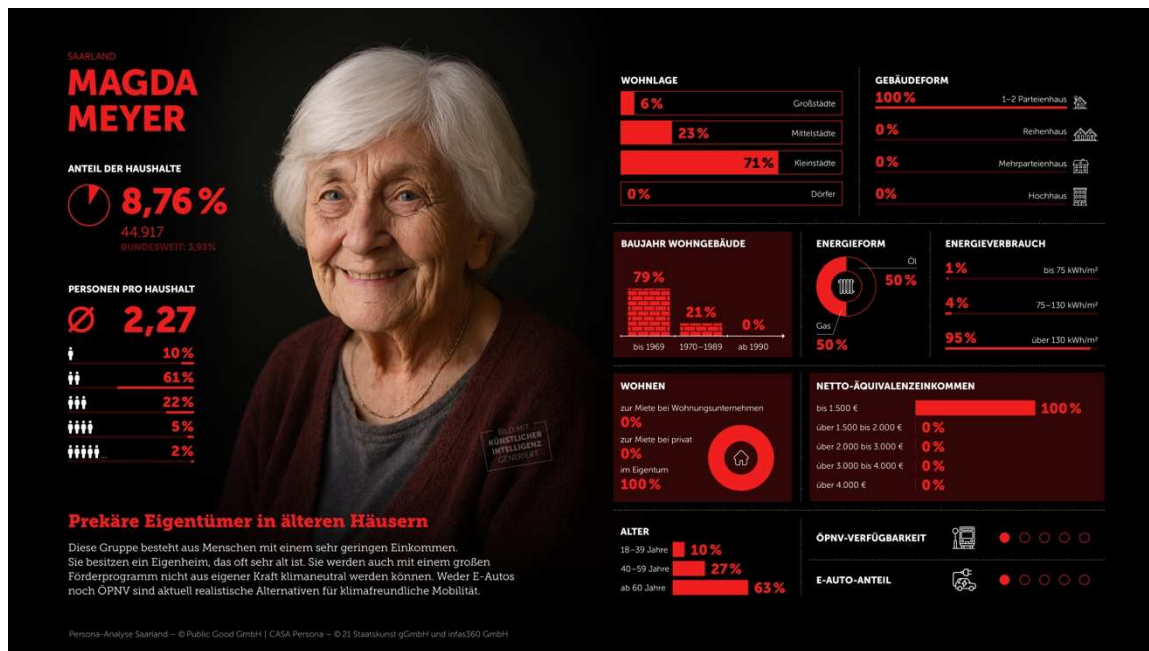
Mieterinnen und Mieter mit Gas- oder Ölheizung sowie unterdurchschnittlichen Einkommen sind finanziell bedroht. Wohnkosten werden entweder durch den steigenden CO₂-Preis oder höhere Kaltmieten durch die Sanierungsumlage zu einem wachsenden Problem. Beides können sie nicht bezahlen. Daraus ergibt sich insgesamt eine schlechte Handlungsfähigkeit.

Haushalte mit sehr schlechter Handlungsfähigkeit

Zu den Haushalten mit sehr schlechter Handlungsfähigkeit zählen zwei besonders vulnerable Haushaltstypen: prekäre Eigentümer in älteren Häusern und Mieter außerhalb des Blickfeldes. Die Gruppen verbindet, dass sie nur über geringe Einkommen verfügen. Hinzu kommen fehlendes Recht zu Handeln oder fehlende Fähigkeit zu Handeln. Sie können nicht aus eigener Kraft klimaneutral werden. Mit einem Anteil von 23 Prozent ist diese Gruppe im Saarland größer als im Bundesschnitt.

Prekäre Eigentümer in älteren Häusern

Bei knapp neun Prozent aller Haushalte kommen ein altes Haus und ein sehr geringes Einkommen zusammen. Diese Gruppe ist im Saarland stark überrepräsentiert. Erbaut wurden die Häuser überwiegend nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Nettoäquivalenzeinkommen liegen unter 1.500 Euro. Diese Haushalte haben damit bereits Anspruch auf Lastenzuschuss (Wohngeld für Eigenheimer), den sie aber größtenteils nicht in Anspruch nehmen.



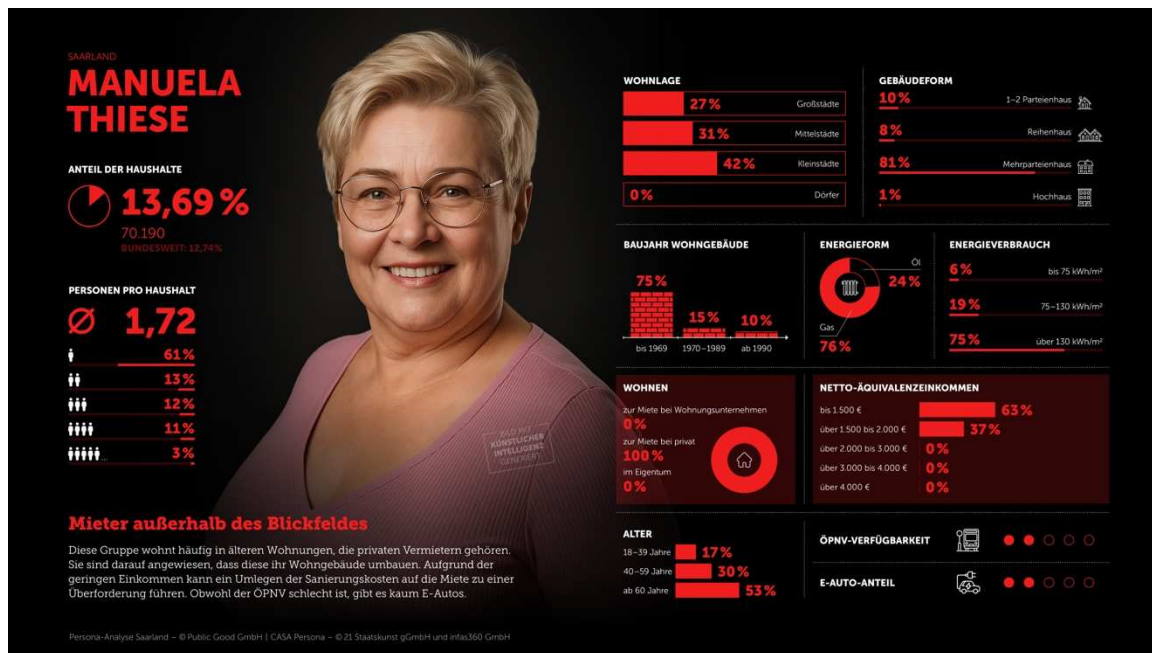
Rund 63 Prozent der Haushalte sind bereits über 60 Jahre alt. Überwiegend handelt es sich um Rentnerhaushalte, die das Haus selbst gebaut haben. Für sie lohnt sich ein Umbau nicht mehr, weil sie nicht von den Einsparungen profitieren werden. Selbst wenn sie wollten, bekämen sie aufgrund des hohen Lebensalters keinen Kredit. Auch das Haus kann nicht unbedingt als Sicherheit herhalten, weil der Investitionsbedarf so hoch ist. Hinzu kommt, dass die älteren Bewohner mit der Organisation der energetischen Sanierung und des Heizungstausches überfordert sind.

Die Gebäude liegen überwiegend in ländlichen Regionen mit niedrigen Einkommen. Geheizt wird in der Hälfte der Fälle mit Öl. Der Energieverbrauch der Haushalte ist hoch, obwohl sie sich beim Heizen aufgrund der geringen Energieeffizienz einschränken.

Aufgrund der ländlichen Lage ist auch die Mobilität für diese Gruppe ein Problem. Es gibt dort keinen guten ÖPNV. E-Autos können sie sich nicht leisten. Auch von günstigem PV-Strom können sie aufgrund fehlender Investitionsmittel nicht profitieren. Insgesamt ergibt sich daraus eine sehr schlechte Handlungsfähigkeit.

Mieter außerhalb des Blickfeldes

In dieser Gruppe kommen zwei Probleme zusammen: ein unterdurchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 2.000 Euro pro Monat und die Wohnsituation bei privaten Vermieterinnen und Vermietern. Rund 14 Prozent der Haushalte im Saarland sind davon betroffen.



Über private Vermieter ist wenig bekannt. Fest steht: Sie sanieren deutlich weniger als Wohnungsunternehmen. Im Gegensatz zu institutionellen Vermietern haben sie keine spezielle Sanierungsabteilung und keinen guten Zugang zum Kapitalmarkt. Nur 6 Prozent der Gebäude in dieser Gruppe verbrauchen weniger als 75 kWh/qm², obwohl die dominierende Struktur als Mehrfamilienhäuser baulich für eine bessere Energieeffizienz sorgt. Vergleichbare Bestände von Wohnungsunternehmen weisen eine höhere Effizienz auf. Die Mieterinnen und Mieter wiederum haben keine Handhabe eigenständig zu sanieren oder die Heizung auszutauschen.

Rund 90 Prozent der Haushalte in dieser Gruppe wohnen in Gebäuden, die vor 1990 erbaut wurden. Die Gebäude sind älter als bei Mietern bei privaten Vermietern, die über höhere Einkommen verfügt. Dementsprechend sind die Sanierungsbedarfe in dem privat verwalteten Bestand beträchtlich. Die Kosten können über die Modernisierungsumlage weitergereicht werden. Die daraus resultierende erhöhte Kaltmiete wird die Mieterinnen und Mieter aufgrund ihrer Einkommen finanziell überfordern.

Haushaltsgröße, Alter und Wohnlage sind normalverteilt. Der ÖPNV ist wegen der Wohnlagen nur für wenige Haushalte eine Alternative zu individueller Mobilität. Aufgrund der niedrigen Einkommen verfügen diese Haushalte kaum über E-Autos und werden sie auch in absehbarer Zeit nicht bezahlen können.

Sowohl bei Mobilität als auch beim Wohnen hat diese Gruppe also keine eigenen Handlungsoptionen. In dieser Gruppe fehlt sowohl das Recht als auch das Kapital zu handeln, während gleichzeitig die Notwendigkeit da ist und der Umfang groß. Deshalb haben die Mieter außerhalb des Blickfeldes eine sehr schlechte Handlungsfähigkeit.

Vertiefende Beobachtungen zum Saarland

Im Saarland zeigen sich in Bezug auf die Erreichung der Klimaziele für private Haushalte besonders ungünstige Ausgangsbedingungen. Diese betreffen sowohl strukturelle Merkmale wie Gebäudebestand und Infrastruktur als auch sozioökonomische Faktoren wie Einkommensverteilung, Eigentümerstruktur und Sanierungsstand.

Auch innerhalb des Saarlands lassen sich klare Unterschiede zwischen dem südlichen und dem nördlichen Landesteil feststellen. In der Region um Saarbrücken sowie in den angrenzenden dicht besiedelten Gebieten bestehen tendenziell günstigere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anpassung an die klimapolitischen Anforderungen. Hier sind die Haushaltseinkommen im Durchschnitt höher, die Siedlungsstruktur dichter und die Infrastruktur (Wärmenetze und ÖPNV) leistungsfähiger. Diese Faktoren begünstigen insgesamt eine höhere Handlungsfähigkeit der Haushalte.

Demgegenüber dominieren im nördlichen und mittleren Saarland eher ländliche Strukturen mit einer geringeren Bevölkerungsdichte. Hier ist der öffentliche Nahverkehr deutlich schwächer ausgebaut, und der Anteil älterer, unsanierter Einfamilienhäuser ist überdurchschnittlich hoch. Öl ist hier anders als in den meisten anderen Regionen in Deutschland der dominierende Energieträger. Das Einfamilienhaus ist strukturell mit höheren Energieverlusten verbunden, da es größere Außenflächen aufweist. In Verbindung mit dem CO₂-intensiven Energieträger bedeutet das ein besonderes Risiko von Preissteigerungen im Emissionshandel.

Häufig geht das zusätzlich mit einem niedrigeren Haushaltseinkommen einher, was sowohl die technischen Möglichkeiten als auch die finanziellen Kapazitäten einschränkt, um auf klimaneutrale Heizsysteme umzusteigen oder ein Elektrofahrzeug anzuschaffen. In den meisten saarländischen Gemeinden ist folgerichtig die dominierende Persona-Gruppe die der Mittelschicht in älteren Häusern – eine Gruppe, deren Anpassungsfähigkeit aus ökonomischen Gründen stark eingeschränkt ist.

Während bundesweit rund 31 Prozent der Haushalte über eine schlechte oder sehr schlechte Anpassungsfähigkeit verfügen, liegt dieser Anteil im Saarland bei hohen 42 Prozent. Dies bedeutet, dass nahezu jeder zweite Haushalt im Land nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft klimaneutral zu werden.

Besonders betroffen sind Eigentümerinnen und Eigentümer mit geringen Einkommen, die in energetisch schlechten Altbauten wohnen und in der Regel keine ausreichenden Einkommen oder Rücklagen für die notwendigen Investitionen haben. Ebenso gehören Mieterinnen und Mieter mit niedrigem Einkommen zu den besonders gefährdeten Gruppen, vor allem dann, wenn sie in ländlichen Regionen oder bei privaten Kleinvermietern leben, die keine oder nur sehr eingeschränkte Investitionen tätigen können oder wollen. Hinzu kommen Haushalte, die in infrastrukturell benachteiligten Lagen wohnen – also weder über eine funktionsfähige ÖPNV-Alternative noch über Zugang zu einer Ladeinfrastruktur für E-Autos verfügen. Diese strukturellen Bedingungen führen dazu, dass ein erheblicher Anteil der saarländischen Bevölkerung auf externe Unterstützung angewiesen ist. Die Förderprogramme des Bundes gehen an dem Umfang des Förderbedarfes im Saarland vorbei.

Das wird besonders deutlich im direkten Vergleich mit anderen Flächenländern. Im Bereich der Heizungsstruktur etwa fällt auf, dass rund 30 Prozent der Haushalte im Saarland mit Heizöl heizen, während der Bundesdurchschnitt bei etwa 18 Prozent liegt. Wärmepumpen hingegen sind im Saarland deutlich unterdurchschnittlich verbreitet. In anderen westdeutschen Flächenländern wie Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen wurden in den vergangenen Jahren – vor allem im Zuge von Neubauten – deutlich mehr Wärmepumpen installiert. Auch Fernwärme spielt im Saarland nur eine untergeordnete Rolle. Während sie etwa in ostdeutschen Ländern wie Sachsen oder Brandenburg in vielen auch kleineren Städten verbreitet ist, fehlen im Saarland die Infrastrukturen für eine kollektive Wärmeversorgung. Damit fehlt dem Land ein entscheidender Hebel für eine systematische Dekarbonisierung im Gebäudebereich.

Auch die Gebäudestruktur unterscheidet sich signifikant vom Bundesdurchschnitt. Das Saarland weist die höchste Wohneigentumsquote aller Bundesländer auf, was sich in einem besonders hohen Anteil an Einfamilienhäusern niederschlägt. Hinzu kommt, dass 64 Prozent aller Gebäude im Saarland den Energieeffizienzklassen F, G oder H zugeordnet sind. Damit verfügt das Land über die energetisch schlechtesten Gebäudestrukturen im Bundesvergleich. In vielen Regionen, vor allem im ländlichen Raum, findet darüber hinaus kaum Neubautätigkeit statt. Neubauten unterliegen höheren energetischen Standards und wirken sich deshalb positiv auf den Effizienzmittelwert des Gebäudebestands aus. Wo sie fehlen, stagniert die Sanierungsdynamik.

Im Bereich Verkehr und Mobilität zeigen sich ebenfalls gravierende Unterschiede. Mit 655 Pkw pro 1.000 Einwohner liegt das Saarland bundesweit an der Spitze – noch vor ähnlich strukturierten Ländern wie Schleswig-Holstein oder Thüringen. Die Bedeutung des privaten Autos ist extrem hoch: In 66 Prozent aller Wege – einschließlich Mitfahrten – wird das Auto genutzt. Das ist bundesweit der höchste Wert. Gleichzeitig liegt der Anteil des ÖPNV an den zurückgelegten Wegen bei lediglich 10 Prozent – ein unterdurchschnittlicher Wert, der belegt, dass für viele Menschen ein Verzicht auf das eigene Auto kaum realistisch ist. Gleichzeitig ist die Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge unzureichend: Lediglich 0,75 öffentliche Ladepunkte pro 1.000 Einwohner stehen zur Verfügung. Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg erreichen in diesem Bereich doppelt so hohe Werte. Für viele saarländische Haushalte ist der Umstieg auf E-Mobilität deshalb nicht nur finanziell, sondern auch infrastrukturell schwer realisierbar.

Die sozioökonomische Ausgangslage verschärft diese Herausforderungen zusätzlich. Für ein westdeutsches Land weist das Saarland vergleichsweise niedrige Haushaltseinkommen auf. Besonders betroffen sind die Kreise Merzig-Wadern, Neunkirchen und der Regionalverband Saarbrücken, die im bundesweiten Vergleich zu den Regionen mit besonders hoher Armutsgefährdung zählen. Eine geringe Einkommensbasis verringert nicht nur die Fähigkeit, Investitionen in klimafreundliche Technologien wie neue Heizsysteme oder Elektrofahrzeuge zu tätigen. Sie erhöht auch die finanzielle Verwundbarkeit gegenüber steigenden Energiepreisen und CO₂-Kosten. Darüber hinaus ist das Saarland vom industriellen Strukturwandel besonders betroffen. In den letzten zehn Jahren gingen über 11.000 sozialversicherungspflichtige Industriearbeitsplätze verloren – ein signifikanter Einschnitt in die regionale Wertschöpfung und das Einkommen vieler Haushalte.

Insgesamt unterscheidet sich das Saarland in mehrfacher Hinsicht signifikant von anderen Bundesländern. Es weist strukturell schlechtere Voraussetzungen für die Klimatransformation auf. Die technische Ausgangslage – hinsichtlich Heizungssystemen, Gebäudebestand und Infrastrukturausstattung – ist ungünstiger als in anderen Regionen. Die finanziellen Spielräume der Haushalte sind geringer. Und die kommunale Infrastruktur ist durch hohe Verschuldung und eine rückläufige Bevölkerung zusätzlich unter Druck. Diese Faktoren führen dazu, dass besonders viele saarländische Haushalte nicht aus eigener Kraft klimaneutral werden können. Um soziale Härten zu vermeiden und die Transformation gerecht zu gestalten, bedarf es deshalb besonders gezielter politischer Maßnahmen für dieses Bundesland – weit über standardisierte Förderprogramme hinaus.

Politische Ableitungen für das Saarland

Um allen Haushalten im Saarland die Einhaltung der Klimaziele zu ermöglichen, bedarf es eines zielgerichteten Maßnahmenpakets, das die spezifischen strukturellen Schwächen des Landes

adressiert. Ein zentrales Handlungsfeld ist die Förderung einkommensschwacher Eigentümerhaushalte. Die bestehenden Förderinstrumente des Bundes – insbesondere die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) – erreichen diese Gruppen bislang nur unzureichend. Haushalte mit geringer Zahlungsfähigkeit können die notwendigen Eigenanteile bei der Förderung nicht aufbringen. Eine noch stärkere Staffelung der Förderung nach Einkommen jenseits des eingeführten Einkommensbonus ist daher erforderlich. Dabei sollte nicht allein auf abstrakte Effizienzvorgaben, sondern auf die tatsächlich erzielte CO₂-Einsparung abgestellt werden. So kann sichergestellt werden, dass die schlechtesten Gebäude besonders gefördert werden. Mit Blick auf die Einkommensverteilung und den Sanierungsstand der Gebäude für das Saarland von beiden Anpassungen überdurchschnittlich profitieren.

Im Saarland bleibt der Bedarf an individueller Mobilität hoch – nicht zuletzt aufgrund der schwachen ÖPNV-Anbindung vieler ländlicher und halbstädtischer Regionen. Um angesichts geringer Einkommen den Umstieg auf Elektromobilität zu ermöglichen, sind sozial gestaffelte Leasingmodelle für E-Autos der beste Ansatz. Ein solches Modell sollte so konzipiert sein, dass nur Haushalte mit geringen bis mittleren Einkommen davon profitieren können. Ergänzend dazu braucht es eine gezielte Kaufprämie für erschwingliche E-Fahrzeuge, die an Einkommensgrenzen geknüpft ist. Von zentraler Bedeutung ist zudem der zügige und flächendeckende Ausbau der Ladeinfrastruktur – insbesondere in Mehrfamilienhaussiedlungen ohne private Stellplätze sowie in ländlichen Gebieten, in denen bislang keine ausreichende Versorgung existiert. Dafür braucht es zusätzliche Förderung des Bundes.

Ein weiteres zentrales Element sozial gerechter Klimapolitik ist mit Blick auf die Situation im Saarland die Kompensation der steigenden CO₂-Preise. Schon jetzt belasten die nationalen CO₂-Preise Haushalte im Saarland überdurchschnittlich. Ab dem Jahr 2027 wird mit dem ETS-II der Kostendruck potentiell zunehmen. Angesichts der überdurchschnittlich niedrigen Einkommen vieler saarländischer Haushalte besteht die Gefahr, dass die CO₂-Bepreisung Haushalte finanziell überfordert. Ein sozial gestaffeltes Klimageld kann hier gegensteuern. Es sollte mindestens die Hälfte der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die unteren 60 Prozent der Haushalte zurückverteilen – unbürokratisch und einkommensabhängig. Zusätzlich müssen bestehende soziale Sicherungssysteme wie das Wohngeld und die Grundsicherung gezielt an die neuen Belastungen angepasst werden. Auf diese Weise kann vermieden werden, dass klimapolitische Maßnahmen in strukturschwachen Regionen wie dem Saarland zu einer nicht tragbaren sozialen Belastung werden.

Schließlich müssen auch die Kommunen in die Lage versetzt werden, die Handlungsfähigkeit von Haushalten aktiv zu unterstützen. Viele saarländische Städte und Gemeinden sind hoch verschuldet und verfügen über zu geringe Personalkapazitäten, um eigene Strategien zur Wärmewende zu entwickeln und umzusetzen. Ohne gezielte Unterstützung können sie ihrer Rolle als zentrale Akteure der lokalen Transformation nicht gerecht werden. Deshalb sollten bestehende Beratungsstrukturen – etwa die Beratungsstelle Wärmewende – weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig ist es notwendig, Netzwerke wie den Kommunalen Klima-Club zu stärken, um Wissenstransfer und gegenseitiges Lernen zu fördern.

Investitionen in Wärmenetze – insbesondere in Regionen mit industriellen Abwärmepotenzialen – können durch Landesbürgschaften abgesichert und so finanziell erleichtert werden. Eine bundesweite Altschuldenregelung für finanzschwache Kommunen und Bundeszuschüsse zum Eigenkapital von Stadtwerken bleiben zudem zentrale Voraussetzung dafür, dass die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur überhaupt geleistet werden können.

Fazit

Die Analyse der saarländischen Haushalte zeigt eine doppelte Herausforderung: Einerseits besteht ein strukturell erhöhter Handlungsbedarf – aufgrund der hohen Quote an Einfamilienhäusern, eines überdurchschnittlichen Anteils fossiler Heizsysteme und der hohen Dominanz individueller Automobilität. Andererseits sind die sozialökonomischen Voraussetzungen vieler Haushalte im Saarland unterdurchschnittlich – sowohl was Einkommen, Alter, aber auch Verfügbarkeit von Infrastruktur betrifft. Dieser Befund hebt das Land in gleich mehrfacher Hinsicht von anderen Bundesländern ab und verweist auf eine asymmetrische Verteilung klimapolitischer Bewältigungslasten innerhalb Deutschlands.

Die Segmentierung der Haushalte entlang der fünf Dimensionen der Handlungsfähigkeit zeigt, dass knapp die Hälfte der saarländischen Haushalte aus heutiger Sicht nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft wesentliche Transformationsschritte zu leisten. Selbst Haushalte mit mittlerem Einkommen scheitern oft an der Höhe notwendiger Investitionen, während Mieterinnen und Mieter auf das Verhalten oftmals überforderter Vermieter angewiesen sind. Gerade die Verbindung aus technischer Ausgangslage (z. B. Ölheizung, Altbau, ländliche Lage) und ökonomischer Begrenzung (niedriges Einkommen) ist dabei zentral für das Verständnis der Hürden bei der Handlungsfähigkeit von Haushalten.

Die Persona-Analyse für das Saarland zeigt zudem, dass eine pauschale Klimapolitik – also ein Ansatz, der gleiche Instrumente für alle voraussetzt – unter Bedingungen so unterschiedlicher Ausgangslagen scheitern wird. Die politisch relevante Erkenntnis lautet daher: Klimapolitik muss nicht nur effektiv und ambitioniert, sondern vor allem differenziert sein. Sie muss strukturelle Benachteiligungen berücksichtigen, gezielt in Infrastruktur investieren, soziale Ausgleichsmechanismen einbauen und Akteure in ihren jeweiligen Handlungsmöglichkeiten stärken.

Darüber hinaus offenbart die regionale Detailtiefe der Analyse eine zweite Ebene politischer Verantwortung: Die strukturelle Überforderung einzelner Regionen wie dem Saarland lässt sich nicht durch kommunale Selbsthilfe oder individuelle Förderung allein bewältigen. Es braucht systematisch adressierte Bund-Länder-Maßnahmen, die der spezifischen sozialen und technischen Konstellation gerecht werden. Kurzum: Eine Klimapolitik, die für das Saarland funktioniert, wird ganz Deutschland erfolgreich zur Erreichung der Klimaziele führen

Methode des regelbasierten Ansatzes zur Selektion der Personas

Der regelbasierte Analyseansatz umfasst drei methodische Schritte. Ausgangspunkt ist ein Datensatz von infas 360 mit rund 19 Millionen adressgenauen Haushaltsdatensätzen, die insgesamt ca. 42 Millionen Haushalte in Deutschland abbilden. In einem zweiten Schritt wurden auf diesen Adressen fünf zentrale Merkmale betrachtet, die sich in Analyse als ausschlaggebend für klimabezogene Handlungsfähigkeit erwiesen haben: der Energieträger der Heizung (z. B. Wärmepumpe, Fernwärme, Gas, Öl), die Eigentümerstruktur (Eigentümer, Mieter, institutionelle oder private Vermietung), das Nettoäquivalenzeinkommen, das Baujahr des Gebäudes sowie die Gebäudeform (z. B. Einfamilienhaus, Reihenhaus, Mehrfamilienhaus).

Anhand dieser Merkmale erfolgt im dritten Schritt die regelbasierte, schrittweise Zuordnung der Haushalte zu einem von 16 definierten Haushaltstypen (Personas). Diese Zuordnung folgt einem Regelwerk, das auf den fünf erwähnten inhaltlich begründeten Kriterien basiert.

Das erste Kriterium ist der Energieträger, um zu differenzieren, ob die Haushalte bereits klimaneutral mit Wärme versorgt werden bzw. versorgt werden können. Das zweite ist die Handlungsebene. Sie beschreibt, in welchem Maß ein Haushalt eigenständig über klimarelevante Investitionen entscheiden kann. In der Modelllogik spiegelt sich dies in der Differenzierung nach Eigentumsverhältnissen (Mieter/Eigentümer) und Gebäudeformen (Einfamilienhaus, Reihenhaushaus, Mehrfamilienhaus) wider. Das dritte Kriterium betrifft die verfügbaren Ressourcen und institutionellen Strukturen. Dieses Kriterium wird im Regelwerk über die Eigentümerstruktur operationalisiert. Das vierte Kriterium ist der Investitionsbedarf. Das Baujahr der Gebäude wird als zentrales Kriterium in der Zuordnung berücksichtigt. Als fünftes Kriterium fließt das Nettoäquivalenzeinkommen in die Analyse ein. Es erlaubt Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit eines Haushalts. Das regelbasierte System nutzt hierzu abgestufte Einkommensklassen, die in die Entscheidungskette zur Persona-Zuordnung integriert sind.

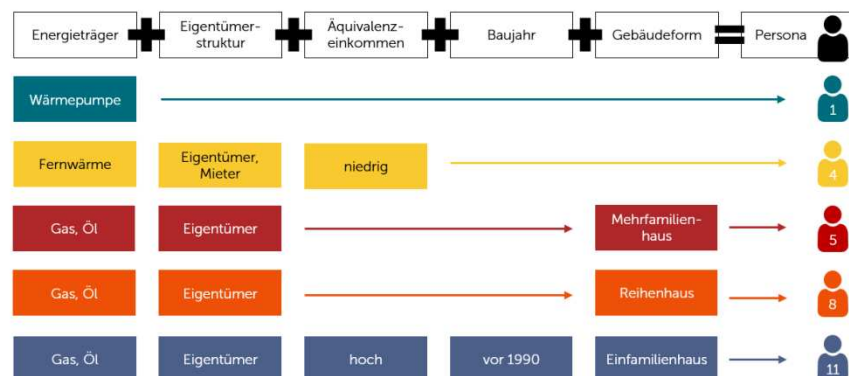
Die konkrete Anwendung dieser Regeln erfolgt schrittweise anhand der Merkmalskombinationen. Zunächst wird nach Energieträgern unterschieden. So werden beispielsweise Haushalte mit Wärmepumpe als eine Gruppe definiert, da sie bereits weitgehend klimaneutral sind. Daraufhin werden die weiteren Kriterien nicht mehr angewandt. Dasselbe gilt für Pellet-Heizungen oder Haushalte mit Nachtspeicher. Weiter ausdifferenziert werden die Haushalte mit Gas- und Ölheizungen. Bei ihnen kommen die weiteren Merkmale zum Tragen, die dann jeweils eine oder mehrere neue Untergruppen ergeben.

Durch diese systematische Kombination adresssgenauer Merkmale, gestützt durch eine empirisch valide Datengrundlage, entsteht ein konsistentes und differenziertes Bild der Ausgangslage deutscher Haushalte im Hinblick auf die Wärmewende und klimafreundliche Mobilität. Der regelbasierte Ansatz ermöglicht eine datenbasierte Einordnung von Belastungs- und Handlungspotenzialen – und bietet eine fundierte Grundlage für sozial gerechte und zielgerichtete klimapolitische Maßnahmen.

So lässt sich das Verfahren zusammenfassen:

Regelbasierter Ansatz

- 1. Selektion der Grundgesamtheit:**
Alle Adressen mit Haushalten
(N = 19 Mio. Adressen mit
42 Mio. Haushalten)
- 2. Anreicherung mit den relevanten, adressgenau vorliegenden Merkmalen:**
Energieträger, Eigentümerstruktur, Netto-Äquivalenzeinkommen, Baujahr des Gebäudes, Gebäudeform
- 3. Schrittweise Zuordnung der Adressen** anhand der Ausprägungen der Merkmale (Selektionskriterien) zu den vordefinierten Persona



Erläuterungen zum Datensatz von infas 360

Die infas360 GmbH ist auf die systematische Nutzung öffentlicher und privater Datenquellen zur Beantwortung wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Fragestellungen spezialisiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Ermittlung kleinräumiger Kennzahlen mithilfe moderner statistischer Verfahren.

Die Datengrundlage besteht aus großen, miteinander verknüpften Datenbanken. Zentral ist eine Gebäudedatenbank, die alle Adressen in Deutschland abdeckt und für jedes Gebäude Informationen zu Typ, Höhe, Volumen, Baujahr, Nutzung sowie Energieversorgung, Internetanbindung und Garten- oder Garagenausstattung bereitstellt. Jeder Datenpunkt ist somit einem konkreten Gebäude zugeordnet. Auf diese Weise wird die gesamte Grundgesamtheit der Wohn- und Nichtwohngebäude in Deutschland abgebildet, wobei Analysen auf Personenebene – etwa Persona-Analysen – sich ausschließlich auf Wohngebäude beziehen.

Ergänzend zu den Gebäudedaten stehen mikrogeografische Informationen zu Haushalten und Einwohnern zur Verfügung, darunter Angaben zu Haushaltstypen, Einkommensverteilungen und Altersstrukturen auf adressgenauer Ebene. Zusätzlich werden georeferenzierte Objekte wie Straßen, E-Ladesäulen oder Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in einer Points-of-Interest-Datenbank erfasst.

Die Daten stammen aus unterschiedlichen Quellen. Sie umfassen eine Mischung aus amtlichen Registerdaten, direkt erhobenen Echtfalldaten sowie Schätzungen. Wo amtliche Registerdaten fehlen, werden verfügbare Datenquellen durch eigene Befragungen von infas 360 ergänzt und mithilfe statistischer Verfahren auf die Grundgesamtheit hochgerechnet.

Am Beispiel der Einkommensdaten lässt sich das Vorgehen wie folgt illustrieren: Mehrere tausend Personen werden zu ihrem Einkommen und ihrer Adresse befragt. Auf Basis dieser Stichprobe werden Merkmale identifiziert, die das Einkommen statistisch signifikant erklären. Mit diesen Modellen werden die bekannten Einkommensdaten der Befragten auf die Gesamtheit der rund 40 Millionen Haushalte in Deutschland übertragen. Parallel erfolgt eine Validierung anhand weiterer externer Datensätze, um die Schätzgenauigkeit zu überprüfen.

Auf dieser Datengrundlage können verschiedene Analysen durchgeführt werden, die stets auf die Grundgesamtheit aller Haushalte bezogen sind. Dazu zählen Marktpotenzialanalysen, Kundensegmentierungen, Standortbewertungen und Vertriebsgebietsanalysen. Dabei kommen sowohl klassische statistische Methoden als auch spezialisierte Verfahren der Small Area Estimation zum Einsatz, um auch für kleinste geographische Einheiten verlässliche Aussagen zu ermöglichen.

Die Daten für die Selektion der Personas

Für die Selektion der Personas dienen die folgenden Merkmale. Sie bestimmen maßgeblich den Zuschnitt der 16 Gruppen. Auf welchen Datensätzen und Methodiken die Merkmale beruhen wird im Folgenden ausgeführt.

Energieträger der Heizung

Um die Verteilung der Energieträger in Deutschland zu erfassen, greift infas360 auf Millionen Datensätze von Echtfällen zu Heizungstypen vom Immobilienportal Immoscout zurück. Dazu werden Daten des Zensus 2022, einer großangelegten alle 10 Jahre stattfindenden

kleinräumigen statistischen Erhebung zu Einwohnerzahl, Haushaltsgröße und weiteren Daten, verwendet. Der Zensus arbeitet dabei mit Haushaltsbefragungen, Registerdaten und Hochrechnungen. Auf Basis dieser Datensätze wird ein Schätzmodell entwickelt, das die Wahrscheinlichkeit angibt, mit der Öl, Gas Fernwärme oder weitere Energieträger verwendet werden.

Eigentumsform pro Gebäude

Um die vorherrschenden Eigentumsform pro Gebäude festzustellen, werden amtliche Gebäude- und Adressdaten erfasst. Mittels Haushaltsbefragungen und Registerdaten des Zensus 2022 kann den Gebäuden für lokale Raster (bis zu 100mx100m) eine Eigentumsform, wie z.B. Wohnungseigentümergeinschaft, Privatperson oder Wohnungsunternehmen zugewiesen werden. Unklare Fälle werden geschätzt, um die Eigentumsform mit der höchsten Wahrscheinlichkeit zu erhalten.

Eigentümerstruktur pro Gebäude

Die Eigentümerstruktur ergibt sich aus der Eigentumsform in Verbindung mit dem Gebäudetyp. Dafür wird zuerst zwischen Gebäudetypen Ein- und Zweifamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern unterschieden. Die Haushaltsbefragungen und Erhebungen aus dem Zensus liefern Daten zur Eigentumsform in einem Siedlungsgebiet. Der jährlich stattfindende Mikrozensus gibt Informationen, in welchen Gebäudetypen welche Haushalte Mieter oder Eigentümer sind. So ergibt sich z.B. die Menge an Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in einem Gebiet, die von Eigentümern bewohnt werden.

Äquivalenzeinkommen

Zur Vergleichbarkeit verschiedener Haushalte dient das Nettoäquivalenzeinkommen als zentrale Einkommensgröße in der Persona-Analyse. Infas360 verfügt über einen durch Befragungen entwickelten und durch Schätzungen auf die Grundgesamt ausgedehnten adressscharfen Datensatz der monatlichen Kaufkraft pro Haushalt. Dieser Wert muss mit Hilfe der Haushaltszusammensetzung in das Nettoäquivalenzeinkommen umgerechnet werden.

Die Zusammensetzung der Haushalte hat Infas 360 auf Basis von eigenen stichprobenartigen Haushaltsbefragungen und Datenerhebungen (Mikrozensus 2021) ermittelt. Damit können dann Erwachsene (Faktor 1), Jugendliche (Faktor 0,5) und Kinder (Faktor 0,3) gewichtet werden, um ein Haushaltseinkommen einer Familie mit dem eines Einpersonenhaushalts vergleichen zu können. Das sich ergebende Äquivalenzeinkommen wurde anschließend angepasst an den regionalen Einkommensmedian (NUTS-II) und an das bundesweite durchschnittliche Jahres-Äquivalenzeinkommen. Es ergeben sich in 500er bis 1000er Schritten Einkommensklassen von unter 1000 Euro bis über 4000 Euro Nettoäquivalenzeinkommen.

Baujahresklassen

Zur Ermittlung des Gebäude-Baujahresklassen greift infas360 auf 3,4 Mio. echter Baualterswerte bestehender Immobilien von Immoscout24 zurück. Diese Werte werden als Grundlage verwendet, um Schätzungen der Baualtersklasse vorzunehmen. Handelt es sich bei einem Echtfall beispielsweise um ein Reihenhaus, wird für die Gebäude in der gleichen Baureihe das gleiche Baujahr angenommen. Abgeglichen werden die Ergebnisse der Schätzungen mit den Altersklassen, die statistische Zensus-Erhebung 2022 gebietsweise ermittelt hat. So ergeben sich in Klassen von 10 Jahren Werte vom Baujahr 1919 bis 2010 und später.

Die Daten für die Profilierung der Personas

Neben den Daten zur Selektion der 16 Persona-Gruppen kommen weitere Merkmale zum Einsatz, die die Profile der Haushalte konkretisieren sollen. Die Methodik ihres Zustandekommens wird im Folgenden erläutert.

Wohnlage/Gemeindetypologie

Zur Einordnung der Wohnlage der jeweiligen Personas werden die Wohnorte der Haushalte dem zugehörigen Gemeindetyp zugewiesen. Amtliche Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) ordnen alle Gemeinden in Deutschland den Kategorien, Groß-, Klein-Mittelstadt und Landgemeinden zu. Diese Kategorisierung übernimmt infas 360 für die Persona-Analyse. Verknüpft werden diese Daten mit den jeweiligen Adressen der Gebäude

Die Einordnung der Wohnlage der Personas in Großstadt, Mittelstadt, Kleinstadt und Dorf (Landgemeinde) wird zunächst über die Einteilung zwischen Stadt und Landgemeinde vorgenommen. Hat eine Gemeinde mind. 5.000 Einwohner oder eine zentrale Funktion, wird diese als "Stadt" bezeichnet. Wenn nicht, handelt es sich um eine Landgemeinde.

Bei den Städten werden folgende Typen unterschieden:

- Großstadt: Gemeinde mit mindestens 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
- Mittelstadt: Gemeinde mit 20.000 bis 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
- Kleinstadt: Gemeinde mit 5.000 bis 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern
- Dörfer: Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern

Personen pro Haushalt

Wie viele Personen in einem Haushalt leben, ermittelt infas 360 über Zahlen der stichprobenartigen Mikrozensus-Erhebung von 2021. Hier wird für ein 100x100m-Raster ermittelt, wie groß die Haushalte in diesem Bereich sind. Verbunden wird das mit vorhandenen adresssscharfen Daten zur Wohnfläche und dem Gebäudetyp, um die Größe der Haushalte zu ermitteln. Die Ergebnisse werden anschließend abgeglichen mit der Einwohnerzahl in diesen Gebieten. Bei unschlüssigen Daten wird die Haushaltsgröße geschätzt.

Energieverbrauch.

Der Energieverbrauch wird auf Basis des Energieverbrauch ermittelt. Dieser spiegelt den jährlichen Bedarf für Heizung und Warmwasser in KWh pro qm Wohnfläche wider. Er gibt also den theoretischen Energieverbrauch eines Gebäudes aufgrund der Bauweise an und nicht den tatsächlichen Energieverbrauch. Das Immobilienportal Immoscout hat echte Daten zum Energieverbrauch von 1,2 Mio. Gebäuden. Die Werte werden auf den Quadratmeter heruntergerechnet und auf alle Wohngebäude übertragen. Zusätzlich fließen Daten zu Haushalten im Siedlungsblock, Baujahresklasse, Sanierungsquoten und weitere ein, um den Energieverbrauch möglichst genau zu schätzen.

Der Energieverbrauch wird mit einer Formel aus dem Energieverbrauch errechnet. Dabei wird davon ausgegangen, dass Haushalte in besonders ineffizienten Gebäuden sparsam heizen und somit weniger Energie verbrauchen als der Zustand des Gebäudes theoretisch nahelegen würde.

Dominierende Altersstruktur

Die Verteilung der Altersklassen je Persona ergeben sich aus Zustelldaten der Deutschen Post. Diese werden verglichen mit Daten des Zensus von 2022, die auf 100x100m genau den Anteil der über 65-Jährigen ermitteln. Zusätzlich gibt es Gemeindedaten von 2022 zur Anzahl der über 60-Jährigen pro Gemeinde.

ÖPNV-Verfügbarkeit

Die ÖPNV-Verfügbarkeit wird über einen ÖPNV-Index ermittelt. Er gibt die Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel je Adresse an. Dafür wird ermittelt, welche Haltestellenart (Bus-, Straßenbahn-, U-Bahn, DB-Haltestellen) von der Adresse aus gut erreichbar ist. Dabei werden schienenengebundene Verkehrsmittel höher gewichtet. Es ergeben sich verschiedene Klassen auf Adressebene (z.B. nur ein Typ, drei Typen von Haltestellen). Es ergibt sich ein Index, der zeigt, wie gut die entsprechende Anbindung an den ÖPNV vor Ort ist. Je näher und vielfältiger die Haltestellen, desto besser Index-Wert.

E-Auto-Anteil

Auf Basis von Befragungen von infas 360 werden E-Auto-Besitzer und E-Auto-Interessierte ermittelt. Anschließend wird geschaut, wie die Antworten mit Merkmalen wie Solaranlage vorhanden, Distanz zur nächsten Ladestation und weiteren zusammenhängen. So kann geschätzt werden, wie wahrscheinlich es ist, dass sich ein Haushalt an einer bestimmten Adresse ein E-Auto zulegt, oder schon zugelegt hat.

Impressum

[Public Good GmbH](#)

Jörn Bielfeldt

Frenrade 17

24361 Klein Wittensee

joern.bielfeldt@public-good.de

Persona Analyse Saarland © Public Good

Basierend auf den „CASA-Persona“ © [21Staatskunst gGmbH](#) und infas360 GmbH, sowie auf den „CASA Daten“ © infas360 GmbH

Autoren

Frederik Digulla, Hendrik Mahlkow, Thomas Losse-Müller, Jörn Bielfeldt



Arbeitskammer des Saarlandes
beraten.bilden.forschen.

Arbeitskammer des Saarlandes

Fritz-Dobisch-Straße 6–8
66111 Saarbrücken

Tel. 0681 4005-0

info@arbeitskammer.de
www.arbeitskammer.de

ISSN 2367-2188